

Aus der Sitzung des Bürgerrats vom 10. November 2020

Der Bürgerrat hat an seiner Sitzung vom 10. November 2020 u.a. über folgende Geschäfte beraten beziehungsweise folgende Beschlüsse gefasst.

Zum Auftakt hat sich der Bürgerrat der medialen Berichterstattung zu den Veränderungen und Plänen im Waldhaus angenommen und beschlossen, in dieser Sache zeitnah eine eigene Medienmitteilung zu publizieren.

Der Bürgerrat hat sich eine erste Meinung gebildet zur von Bürgergemeinderat Pierre-Alain Niklaus, Grünes Bündnis, eingereichten Interpellation «Systemrelevante Berufe bei der Bürgergemeinde – Belastung, Lohnniveau, Anerkennung». Niklaus greift damit den Diskurs um die aktuelle, coronabedingte Sonderbelastung der Fachkräfte im Gesundheitswesen auf und fragt, u.a. ob und inwiefern auch Mitarbeitende der Bürgergemeinde (BG) bzw. des Bürgerspital Basel (BSB) betroffen sind und was allenfalls unternommen werden kann.

Nach der Rückmeldung aus der Aufsichtskommission konnte zudem das weitere Vorgehen in Bezug auf den Auftrag «Klimaschutzstrategie» (Pierre-Alain Niklaus, Grünes Bündnis) sowie bezüglich Leistungsauftrag für die Produktgruppen der Zentralen Dienste für die Jahre 2021 bis 2023 festgelegt werden.

Wie es zu den Aufgaben des Bürgerrats gehört, hat er über die Aufnahmen ins Bürgerrecht der Stadt Basel entschieden. Es sind die Gesuche von einer Schweizerin und einem Schweizer sowie von 93 aus dem Ausland stammenden Personen gutgeheissen und den zuständigen Instanzen zur Weiterbehandlung empfohlen worden.

Das Projekt «Arealentwicklung FMS» (BSB-Areal an der Friedrich Miescher-Strasse) benötigt Anpassungen. So soll die im Juni vom Parlament bewilligte Investition von CHF 5 Mio. für eine grossräumige Rochade auf dem Areal nicht realisiert werden. Da der bisher externe Betrieb BSB Spektrum dennoch ins Areal FMS integriert werden soll, wird dem Parlament ein Bericht zu einer Investition in der Höhe CHF 2.5 Mio. vorgelegt. Die ebenfalls im Juni bewilligten Sanierungsmassnahmen im Umfang von CHF 2 Mio. sollen wie geplant umgesetzt werden.

Der Bürgerrat hat vom Leistungsvertrag des Bürgerlichen Waisenhauses mit dem Kanton ab 2021 Kenntnis genommen; er hat keine Einwände.

Nach erneuter Prüfung hat sich der Bürgerrat für eine der vorliegenden Varianten der Entschädigungsregelung für Sitzungen von BG-Behörden, Kommissionen und weiterer Gremien entschieden. Die Zentralen Dienste sind nun mit dem Verfassen einer entsprechenden Vorlage beauftragt.

Dem Auftrag des Bürgerrats entsprechend hat der Rechtsdienst der Zentralen Dienste die Regelung für Nebenbeschäftigungen im Anstellungsrecht praktikabler formuliert. Der Bürgerrat befürwortet die vorgeschlagenen Änderungen und hat sie vorerst zuhanden der Personaldienste verabschiedet.

Die Staatskanzlei hat der Bürgergemeinde den umfangreichen Ratschlagsentwurf zu einer Änderung des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (IDG) und weiterer Gesetze zur Vernehmlassung unterbreitet. Der an der Sitzung vorgelegte Vorschlag (Fragebogen) stiess im Bürgerrat auf Zustimmung.

Zudem hat der Bürgerrat in einer weiteren Vernehmlassung nach eingehender Prüfung und Beratung keine Einwände gegen das Einführungsgesetz zur interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (EG IVöB) und den Beitritt des Kantons Basel-Stadt zur IVöB. Der entsprechend ausgefüllte Fragebogen wird ans Bau- und Verkehrsdepartement weitergeleitet.

Auch die Vernehmlassung zum Ratschlag betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Besteuerung der Motorfahrzeuge hat der Bürgerrat verabschiedet. Auch wenn ihm die Bemessungsgrundlage eher kompliziert erscheint, begrüsst es das Gremium, dass nun auch Nutzfahrzeuge nach ökologischeren Kriterien besteuert und Antriebssysteme ohne Verbrennungsmotor steuerlich begünstigt werden sollen.

Als Aufsichtsorgan der Basler Zünfte und Gesellschaften hat das Gremium von den Rechnungen 2019 des Meisterbotts Kenntnis genommen und sich über eine noch nicht revidierte Zunft-Rechnung 2019 informieren lassen.

Wie in jeder Sitzung kam auch dem Informationsaustausch zwischen den verantwortlichen Bürger-rätinnen und Bürgerräten für die Institutionen BSB und Waisenhaus, die Zentralen Dienste, den Bereich Einbürgerungen sowie für die Christoph Merian Stiftung eine wichtige Rolle zu.

Für weitere Auskünfte steht Dr. Lukas Faesch, Präsident des Bürgerrats, zur Verfügung (079 358 50 05).